



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

11. Ratssitzung vom 19. August 2026

462. 2026/323

Dringliches Postulat von Ruedi Schneider (SP), Patrik Brunner (FDP), Sibylle Kauer (Grüne) und 8 Mitunterzeichnenden vom 24.06.2026:

Erhöhung der Unterstützungsbeiträge an das Altstadtthaus und nachhaltige Stärkung der soziokulturellen Versorgung der Altstadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ruedi Schneider (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 304/2026): Es geht um das Altstadtthaus und damit um einen zentralen Ort für die Altstadtbewohnenden. Das Altstadtthaus ist im Quartier ein Treffpunkt für Jung und Alt. Es vermittelt Informationen, bietet regelmässige Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen an – bspw. das beliebte Kerzenziehen in der Adventszeit – und vermietet seine Räume an die Quartierbevölkerung. Hinter dem Altstadtthaus steht ein Trägerverein, der sich ausschliesslich aus Freiwilligen zusammensetzt, die sich ehrenamtlich für ihr Quartier engagieren. Die Altstadt als Wohnort bietet sehr viele Vorteile, gleichzeitig gibt es besondere Herausforderungen. Die Altstadt ist das historische Herz von Zürich, aber sie ist auch ein Wohnquartier und das Zuhause für die Anwohnenden. Rund ein Fünftel der Wohnungen wird heute für touristische Zwecke genutzt; das hohe Besucher*innenaufkommen im Zentrum prägt das Quartierleben stark. Es braucht also einen Ort, der die Leute zusammenbringt, die dort wohnen und nicht nur kurz vorbeischaun. Das Altstadtthaus ist genau dieser Ort. Mit der Weisung GR Nr. 2023/537 hat der Gemeinderat beschlossen, 36 soziokulturelle Angebote in den Jahren 2025–2030 zu unterstützen. Das Altstadtthaus ist eines dieser Angebote. Allerdings besass der Verein damals ein kleines Vermögen. Darum hat der Gemeinderat beschlossen, dass dieses Vermögen abgebaut wird. Die Betriebsbeiträge für die Jahre 2025–2030 wurden bei gleichbleibender Leistung gekürzt. So weit so nachvollziehbar. Nur ist ein Fehler passiert: Der Vermögensabbau über die fünf Jahre wurde falsch kalkuliert. Die Folge ist, dass das Vermögen viel zu schnell abgebaut wurde und heute bereits zum grössten Teil aufgebraucht ist. Der Kontrakt läuft aber noch bis zum Jahr 2030. Die Konsequenzen sind akut, das Altstadtthaus musste bereits handeln. Die Pensen von Angestellten wurden reduziert und Angebote gekürzt. Die mit der Stadt vereinbarte Leistung kann mit dem reduzierten Budget nicht im vereinbarten Umfang erbracht werden. Ein Angebot, das für das Quartier so wichtig ist, steht unter Druck. Nicht, weil schlecht gewirtschaftet, sondern weil falsch gerechnet*



wurde. Fehler passieren, Fehler kann man korrigieren. Das Altstadtthaus braucht jetzt unsere Hilfe und Planungssicherheit ab dem Jahr 2027. Mit dem Postulat fordern wir den Stadtrat auf zu prüfen, wie die gekürzten Betriebsbeiträge umgehend ausgeglichen werden können, damit das Altstadtthaus den ordentlichen Betrieb mit dem vereinbarten Leistungsumfang weiterführen kann. Weiter soll geprüft werden, wie das Altstadtthaus in der Organisationsentwicklung fachlich unterstützt werden kann. Der kleine Trägerverein hat – anders als die Gemeinschaftszentren – nicht die Strukturen, um sich im von der Stadt geforderten Umfang mit strategischen Fragen auseinanderzusetzen. Eine fachliche Beratung hilft, nachhaltige und zukunftstaugliche Strukturen zu schaffen, die den Weiterbetrieb sichern. Schliesslich geht es um mehr als um das Altstadtthaus: Die soziokulturelle Versorgung des Quartiers soll langfristig und nachhaltig gestärkt werden. Es freut mich persönlich enorm, dass das Postulat so breit abgestützt ist. Das ist für das Quartier, für das Altstadtthaus und ganz besonders für die Angestellten und Freiwilligen – denen ich für die wertvolle Arbeit danke – ein wichtiges Zeichen der Unterstützung.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Juli 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Mit dem Vorstoss soll der Stadtrat prüfen, die Betriebsbeiträge für das Altstadtthaus wieder zu erhöhen, einen Teuerungsausgleich zu zahlen und einen Organisationsbeitrag zu finanzieren. Das heisst am Schluss nichts anderes als mehr Subventionen und mehr Steuergelder. Die Begründung überzeugt uns nicht. Im Postulat steht, dass die heutige Situation auf eine Fehlkalkulation beim Vermögensabbau zurückzuführen sei. Wir fragen uns, wieso Zürcher Steuerzahler für eine schlechte Finanzplanung aufkommen sollen. Das Rezept der linken Seite ist immer dasselbe: Gibt es ein Problem, braucht es mehr Steuergelder. Ich bin erstaunt, dass die FDP da mitmacht und nicht merkt, dass es nur ein Vorwand ist, um den Steuerzahlern noch mehr abzuknöpfen. Bei einer Fehlplanung braucht es mehr Verantwortung und nicht mehr Subventionen. Die Steuerzahler sind nicht schuld am Missgeschick, für das andere verantwortlich sind. Man kann nicht auf Steuergelder zugreifen wie in einem Selbstbedienungsladen. Ich habe mich verrechnet, darum brauche ich jetzt ein paar Millionen Franken vom Stadtrat? Nein, so kann man nicht mit Steuergeldern umgehen. Der Stadtrat hat in der Weisung GR Nr. 2023/537 festgehalten, dass das Altstadtthaus ein grösseres Vermögen hat. Darum wurden die Beiträge der Periode 2025–2030 bewusst um 56 634 Franken pro Jahr gekürzt. Jetzt, nur kurze Zeit später, soll der Entscheid schon wieder zurückgenommen werden, weil man sich verrechnet hat? Für die SVP gilt der Grundsatz der Eigenverantwortung. Ein Verein muss seine Finanzen im Griff haben und seine Ausgaben den vorhandenen Mitteln anpassen. Es kann nicht sein, dass man bei jedem finanziellen Problem nach dem Staat ruft. Besonders kritisch sehe ich, dass der Stadtrat das Altstadtthaus in der Organisationsentwicklung unterstützen soll. Das bedeutet noch mehr Berater, noch mehr Experten und noch mehr Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler. Die Stadt Zürich gibt schon jedes Jahr Hunderte Millionen Franken für Kultur-, Sozial- und Quartierangebote aus. Gleichzeitig wachsen die Ausgaben praktisch in allen Bereichen. Darum müssen wir Prioritäten setzen und nicht bei jedem Wunsch nach mehr Subventionen das Portemonnaie der Steuerzahler öffnen. Wir anerkennen die Arbeit des Altstadtthauses und das Engagement der Freiwilligen. Wertschätzung allein ist aber kein Grund für mehr Steuergelder. Wenn wir wegen dieser Fehlplanung mehr Geld



bewilligen, kommt morgen der nächste Verein mit genau demselben Argument. Darum sagt die SVP ganz klar: Keine nachträgliche Korrektur auf Kosten der Steuerzahler, keine weiteren Subventionen und keine zusätzlichen Berater auf Staatskosten.

Weitere Wortmeldungen:

Patrik Brunner (FDP): *Ich erkläre Michele Romagnolo (SVP), warum die FDP da mitmacht. Ich gebe Dir recht, nachträgliche Korrekturen sind nie schön. Aber der Punkt ist: Wir haben im Jahr 2024 die Weisung zu den 36 soziokulturellen Angeboten angenommen. Ich glaube, auch die SVP hat zugestimmt. Wären die Zahlen, die wir heute vorliegen haben, damals so enthalten gewesen, wäre es für niemanden hier eine Diskussion, nicht einmal für euch. Darum nehmen wir eine Nachkorrektur vor. Das Altstadtthaus ist eine wichtige Institution für den Kreis 1, das haben wir von Ruedi Schneider (SP) gehört. Darum ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir wegen eines Fehlers nicht einen Leistungserbringer und Vertragspartner für die nächsten Jahre bestrafen. Es besteht sonst das Risiko, dass der Verein Pleite geht und wir eine andere Lösung suchen müssten.*

Sibylle Kauer (Grüne): *Die Altstadt ist ein dicht bebautes Quartier mit intensiver Nutzung durch viele Personen, gerade auch von ausserhalb. Umso wichtiger ist ein Quartierzentrum für die Bevölkerung, die dort fest wohnt, vor allem natürlich für die Familien, aber auch für alle anderen. Man weiss, wie wichtig Gemeinschaftseinrichtungen sind, damit sich die Bewohner*innen wohlfühlen können. Die Altstadt soll nicht nur bei Besucher*innen aus aller Welt beliebt sein, sondern auch ein Ort zum Wohnen und Leben bleiben. Darum ist es uns wichtig, dass das Altstadtthaus langfristig tolle Räume und ein attraktives Programm für die Quartierbevölkerung anbieten kann. Die Finanzen des Altstadtthauses sind in Schieflage geraten, da bei den Aufwänden und Aushandlungen des Unterstützungsbeitrags der Stadt Fehler passiert sind. Wir wollen mit diesem Postulat erreichen, dass das Altstadtthaus weiterarbeiten kann. Es ist ein wichtiges öffentliches Angebot, dafür sollten die nötigen Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Man soll aber auch prüfen, ob die aktuelle Organisation mit einem Verein als Trägerschaft sinnvoll ist oder ob Anpassungen möglich wären. Zu prüfen ist etwa, ob eine Integration in die Gemeinschaftszentren der Stadt Zürich zweckmässig wäre. Damit dieses Angebot dem Quartier langfristig zur Verfügung steht, braucht es jetzt die Unterstützung.*

Das Dringliche Postulat wird mit 93 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat